IWF rät Regierungen
zu unauffälliger Abschaffung von Bargeld

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 09.04.2017

In einem Arbeitspapier zeigt der Internationale Währungsfonds Regierungen Strategien auf, wie der Widerstand der Bürger gegen eine Abschaffung des Bargeldes gebrochen werden kann. Der IWF empfiehlt, mit kleinen, unverdächtigen Maßnahmen zu beginnen.



Bargeld schützt gegen negative Zinsen

In seinem aktuellen Arbeitspapier* „The Macroeconomics of De-Cashing“ *hat der IWF Strategien im Auge, wie der Widerstand der Bürger gegen eine Einschränkung oder Abschaffung von Bargeld gebrochen werden kann.

Der Ökonom Norbert Häring, der das Papier in Deutschland als erster entdeckt hat, hält das Papier für einen durchaus konkreten Arbeitsplan: Zwar sei die Abhandlung in neutralem Ton verfasst und es würden auch Vorteile von Bargeld aufgezeigt **– insgesamt deute jedoch alles darauf hin, dass es sich quasi um einen Ratgeber für Regierungen handelt, welche die Nutzung von Bargeld einschränken möchten**, schreibt Häring: *„In den Schlussfolgerungen stehen Ratschläge, wie Regierungen den Widerstand der Bevölkerung unterlaufen und sie über ihre wahren Absichten täuschen können (…).* ***Das Arbeitspapier kommt zu seinen Empfehlungen, wie man dem widerstrebenden Volk die Abschaffung des Bargelds unterjubeln kann****, ohne zuvor überhaupt den Versuch zu unternehmen, ein Überwiegen der Nachteile über die Vorteile von Bargeld herzuleiten oder auch nur explizit zu behaupten“.*

IWF-Analyst Alexei Kireyev vertritt in seinem Papier natürlich nur seine private Meinung. Allerdings ist es durchaus schon vorgekommen, dass sich die Meinung eines Analysten mit der Meinung der Institution deckt, die ihn für seine Analyse bezahlt.

Kireyev schreibt: *„Obwohl sich einige Länder in wenigen Jahren des Bargelds entledigen werden, sollte eine komplette Abschaffung des Bargeldes in verschiedenen Schritten erfolgen.* ***Der Prozess der Bargeld-Abschaffung könnte auf Basis von ursprünglichen und weitgehend akzeptierten Maßnahmen wie der Abschaffung großer Scheine, der Festsetzung von Transaktionsobergrenzen und der Pflicht zur Kennzeichnung von Bargeld beim Grenzübertritt fortgeführt werden.*** *Weitere Schritte könnten wirtschaftliche Anreize zur Reduzierung von Bargeld bei Transaktionen, eine weitergehende Digitalisierung des Finanzsystems oder Erleichterungen bei mobilem Bezahlen sein."*

Wichtig sei zudem, dass eine Bargeld-Abschaffung als Folge der Innovationen privater Unternehmen und nicht als Maßnahme des Staates zu erkennen sei:

„Eine vom Privatsektor angeführte Bargeld-Abschaffung scheint einer vom öffentlichen Sektor angeführten Bargeld-Abschaffung vorzuziehen zu sein. Die erste scheint fast gänzlich gutartig zu sein (beispielsweise, indem ***mehr Smartphones zum Bezahlen verwendet*** *werden), braucht aber noch eine politische Adaption. Die zweite erscheint zweifelhafter und viele Menschen haben berechtigte Einwände dagegen. (…)* ***In jedem Fall sollte eine durch Anordnung erzwungene Bargeld-Abschaffung vermieden werden, weil sich Bargeld großer Beliebtheit erfreut."***

Laut IWF muss der Eindruck verhindert werden, dass mit einer Bargeld-Abschaffung eine Ausweitung der Kontrolle über die Bürger einhergehe: ***„Ein zielgerichtetes, weitreichendes Programm ist nötig, um das mit einer Bargeld-Abschaffung verbundene Misstrauen zu lindern,*** *insbesondere, dass die Behörden durch eine Bargeld-Abschaffung alle Aspekte des Lebens der Bürger kontrollieren wollen, inklusive deren Geldverwendung und um deren Ersparnisse auf die Banken zu drängen. Der Prozess der Bargeld-Abschaffung erhält mehr Kraft, wenn er auf der individuellen Wahl des Konsumenten oder auf Kosten-Nutzen-Überlegungen basiert":*

Unumwunden gibt der IWF zu, dass eine Bargeld-Abschaffung im Interesse der Banken liege: ***„Weil eine Bargeld-Abschaffung dazu führt, dass Marktteilnehmer ihr Geld auf die Konten übertragen, erhöhen sich die Einlagen des Bankensystems, was zu tieferen Kreditzinsen und mehr Kreditvergabe führen kann".***

Der IWF ist mit seiner Idee einer Zurückdrängung des Bargeld-Gebrauchs nicht allein. Vorstöße, die auf eine Einschränkung oder Abschaffung des Bargeld-Gebrauchs abzielen, haben sich in den vergangenen Jahren gehäuft. Meist werden diese mit dem Kampf gegen Schwarzarbeit, Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung begründet.

Dies erscheint zwar plausibel. Wahrscheinlich ist aber, dass die Forderungen nach einer Digitalisierung des Geldes weit weniger altruistische Gründe haben.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass Bargeld die einzige Möglichkeit der Bürger darstellt, ihre Ersparnisse vor dem Zugriff der Staaten und Banken und etwaiger Sonderabgaben oder Vermögenssteuern zu schützen. Eine solche Sondersteuer auf Vermögen hatte der IWF vor gar nicht allzu langer Zeit gefordert.

Ökonomen der Bundesregierung warnen vor Abschaffung des Bargelds

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 05.04.2017

Der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat in einem Gutachten sehr schlüssig dargelegt, warum die Abschaffung von Bargeld zwangsläufig zum Verlust der finanziellen Selbstbestimmung führen würde.



Der 500 Euro-Schein wird offiziell abgeschafft

Die wissenschaftlichen Berater von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries warnen vor der Abschaffung oder einer Beschränkung des Bargeld. Das Ministerium legt eine erstaunlich klare Begründung vor: *„Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat heute das Gutachten „Zur Diskussion um Bargeld und die Null-Zins-Politik der Zentralbank" veröffentlicht.* ***Anlass des Gutachtens sind Vorschläge von Ökonomen, Bargeld abzuschaffen. Als Grund wird hierfür insbesondere genannt, dass die Zentralbank nur dann wirksam negative Zinsen einsetzen könnte.*** *Auch der Beschluss der EZB, Ende 2018 die Ausgabe neuer 500 Euro-Scheine einzustellen, und Überlegungen der EU, Bargeldzahlungen künftig nur noch in begrenztem Volumen zuzulassen, hatten die Diskussion um die Rolle des Bargelds neu belebt.* ***Die Gutachter halten eine Abschaffung von Bargeld für einen nicht gerechtfertigten wirtschaftspolitischen Eingriff. Er sei weder zur Kostenersparnis im Zahlungsverkehr noch zur Kriminalitätsbekämpfung erforderlich. Vielmehr sichere das Bezahlen mit Bargeld auch ein Stück informationelle Selbstbestimmung der Bürger.*** *Auch geldpolitische Begründungen einer Abschaffung des Bargelds weist der Beirat zurück.* ***Die anhaltende Niedrigzinspolitik mit teilweise negativen Zinsen gefährde vielmehr auf Dauer die Finanzstabilität."***

Zu den Bargeldobergrenzen schreiben die Experten in ihrem Gutachten ***„Höchstgrenzen für Barzahlungen sind dagegen eindeutig kritisch zu sehen. Es gibt legitime Gründe dafür, dass auch bei hohen Beträgen Barzahlungen gefordert werden. Das oben erwähnte Zug-um-Zug-Problem beim Privatkauf eines Gebrauchtwagens liefert ein Beispiel; dabei können die Beträge durchaus in den fünfstelligen Bereich gehen. Ein Verbot solcher Transaktionen würde legitime Zahlungsvorgänge unterbinden.***

In diesem Zusammenhang ist auf die Turbulenzen hinzuweisen, die die Demonetisierung der Scheine mit Nennwerten von 500 und 1000 Rupien in Indien verursacht hat. Hier ist nicht von einer Abschaffung, sondern von einer Ersetzung durch neue Scheine die Rede, die jedoch noch nicht in genügender Menge zur Verfügung stehen. Bei Gegenwerten von ca. € 7 und € 14 bedeutet diese Demonetisierung eine beträchtliche Erschwerung vieler Zahlungen mit teilweise schwerwiegenden Auswirkungen auf die Betroffenen.

Ob das Verbot auch Zahlungsvorgänge im Rahmen von illegalen Aktivitäten unterbinden würde, ist dagegen sehr zweifelhaft. *In Anbetracht der Anonymität von Barzahlungen sind die Transaktionen selbst nicht ohne weiteres zu beobachten. Eine Ahndung von Verbotsübertretungen ist daher vermutlich nur im Nachhinein möglich, nachdem man auf andere Weise das illegale Verhalten entdeckt hat.* ***Personen, die regelmäßig illegale Tätigkeiten und Transaktionen durchführen, sind vermutlich eher in der Lage, sich einer solchen Beobachtung zu entziehen als Personen, die legitime Gründe für solche Transaktionen haben; schließlich verkauft man nicht oft sein Auto oder sein Haus.*** *Es ist daher zu befürchten, dass Begrenzungen der Höhe von Bartransaktionen die legitimen Nutzer von Bargeld schädigen, ohne das Ziel der Bekämpfung von illegalen Aktivitäten besonders zu fördern.“*

Die Gutachter beschäftigen sich sehr ausführlich und schlüssig mit dem Problem des „gläsernen“ Bürgers oder Kunden, der unzweifelhaft entstehen würde, wenn das Bargeld abgeschafft wird: *„Eine Person, die Einkäufe in bar bezahlt, kann davon ausgehen, dass es einem Dritten nicht möglich ist, ihr Ausgabenverhalten zu beobachten oder zu rekonstruieren. Barzahlungen erfolgen anonym, ohne dass der Name des Zahlenden in etwaigen Dokumentationen der Zahlungsvorgänge erscheint.* ***Bei Kartenzahlungen besteht diese Anonymität nicht. Bei anderen Formen des elektronischen Zahlungsverkehrs („Bitcoin“) ist Anonymität vorgesehen, kann aber letztlich auch untergraben werden. Die Anonymität von Zahlungen schützt vor einem Missbrauch der betreffenden Information.***

Drei Typen von Missbrauch sind zu bedenken. *Zum einen kann es dem Zahlenden unangenehm sein, wenn eine einzelne Transaktion bekannt wird. So könnte eine Person, welche sich einem HIV-Test unterzieht, diesen Umstand vertraulich halten wollen, um Spekulationen über eine mögliche Ansteckung vorzubeugen. Dies ist möglich, wenn die Person den Test in bar bezahlt und den entsprechenden Beleg nicht bei der Krankenkasse einreicht. Bei elektronischer Zahlung dagegen besteht ein gewisses Risiko, dass unbefugte Dritte, z. B. Hacker, Zugang zu dieser Information erhalten und auf erpresserische Weise ausnutzen. Zum anderen bietet die Gesamtheit aller Zahlungen ein detailliertes Bild von den Konsumgewohnheiten einer Person. Unternehmen und Personen, die diese Information haben, könnten versucht sein, sie missbräuchlich zu nutzen oder an Dritte zu verkaufen, die sie dann zu zielgerichteter Werbung verwenden.* ***Zum Dritten bietet die Kenntnis der Gesamtheit aller Zahlungen einer Person ein zusätzliches Erpressungspotential.*** *Neben den bereits erwähnten einzelnen Zahlungen, die man nicht bekannt werden lassen möchte, können sich Informationen über entsprechende Zahlungsmuster ergeben oder Information über nicht getätigte Zahlungen, z.B. Spenden für wohltätige Institutionen.* ***Schließlich eröffnet diese Kenntnis die Möglichkeit, das Konsumentenverhalten zu beeinflussen.***

Als Akteure des Missbrauchs kommen auch „Hacker“ infrage, die in die IT-Systeme der Bank eindringen, ferner die Bank selbst und ihre Angestellten, schließlich staatliche Instanzen, die bei nur schwachem Schutz des Bankgeheimnisses Zugang zu den Informationen bekommen. Auch an die Geheimdienste verschiedener Länder ist hier zu denken. Die Möglichkeiten des Missbrauchs sind umso größer, je mehr die betreffenden Informationen zentral zusammengefasst und verarbeitet werden. Ein elektronisches Zahlungssystem, in dem alle Konten bei der Zentralbank geführt werden, wäre insofern noch bedrohlicher als ein elektronisches Zahlungssystem, bei dem die Konten wie bisher bei den Geschäftsbanken geführt werden und es dem einzelnen freisteht, durch Aufteilung seiner Konten und seiner Zahlungen auf verschiedene Banken zu verhindern, dass ein Gesamtbild seiner Transaktionen entsteht.“

Aufgabe des unabhängigen Beirates ist es, die Ministerin in allen Fragen der Wirtschaftspolitik zu beraten. Seine Empfehlungen und Befunde sind aber nicht bindend. **Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hat sich der Meinung ihrer Experten angeschlossen.** Zypries: *„Bargeld muss auch weiterhin ein wichtiges Zahlungsmittel bleiben. Es hat auch in Zeiten der Digitalisierung seine Berechtigung. Der unabhängige Wissenschaftliche Beirat plädiert mit überzeugenden ökonomischen Argumenten für die Beibehaltung des Bargelds als gesetzliches Zahlungsmittel. Ich danke dem Beirat für sein Gutachten, das einen wertvollen Beitrag zur aktuellen Diskussion leistet.“* **Allerdings hat die Meinung von Zypries kaum Gewicht.** Die Ministerin hatte angekündigt, nach der Wahl nicht mehr für den Bundestag zur Verfügung zu stehen.

In ihrem Gutachten bezeichnen die Wissenschaftler die Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) als höchst gefährlich für das Finanzsystem. Die EZB konzentriere sich fast ausschließlich darauf, durch die Senkung der Zinssätze die Kreditvergabe anzukurbeln und damit die Konjunktur zu beleben. Die Belastungen des Finanzsektors dadurch aber würden hintangestellt. *„Die seit 2014 verfolgte Geldpolitik der EZB trägt den genannten Risiken nicht angemessen Rechnung“*, stellen die Experten fest.

„Aus Sicht des Finanzsystems sind Zinssätze von Null oder gar negative Zinssätze aus verschiedenen Gründen sehr problematisch“. So werde die nötige Sanierung des Sektors gehemmt. Bestimmte Probleme könnten sich sogar verschärfen, da der Druck auf die Gewinnmöglichkeiten der Banken anhalte. Denn die Bestände an neuen mit zu niedrigen Zinssätzen vergebenen Krediten nähmen bei den Geldhäusern beständig zu.

Als eine der Folgen der Nullzins-Politik nennt der Beirat, dass viele Finanzinstitutionen wie Versicherungen keine ausreichenden Gewinne mehr erzielen und ihre Kosten nicht mehr decken können. Hinzu kämen die Risiken für etliche Unternehmen, wenn es schließlich zu einer Zinswende komme. Auch für die Vermögensanlage gebe es negative Auswirkungen.